rls standpunkte international 6/2009

Impressum rls standpunkte wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 0 30/44310-221 · Fax 0 30/44310-222 · www.rosalux.de; ISSN 1867-3171 (Internet)

ANGELIKA TIMM, TEL AVIV

Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven

Am 10. Februar 2009 fanden die Wahlen zur 18. Knesset, dem 120 Abgeordnete umfassenden israelischen Parlament, statt. Die laut Grundgesetz alle vier Jahre durchzuführenden allgemeinen, landesweiten, direkten, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlen wurden um ein Jahr vorgezogen. Der Premierminister, Ehud Olmert, war am 22. September 2008 aufgrund der gegen ihn wegen Korruptionsverdacht eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen von seinem Amt und als Vorsitzender der Partei Kadimah zurückgetreten. Die neue Parteivorsitzende, Zipi Livni, scheiterte beim Versuch, eine neue Regierung zu bilden.

Zur Stimmabgabe aufgerufen waren 5.278.985 Bürger – 264.000 mehr als 2006. Sie konnten sich für eine der 33 zugelassenen Wahllisten entscheiden. Um in das Parlament einzuziehen, sind seit 2006 mindestens 2% der gültigen Stimmen erforderlich (1949 bis 1988 betrug die Sperrklausel 1%, 1992 bis 2003 – 1,5%).

Akzente des Wahlkampfes

Am 1. Februar 2009 schrieb die Tageszeitung Haaretz, dass am 10. Februar „eine der trockensten, langweiligsten und unverständlichsten Wahlkampagnen zu Ende gehe“. Und noch zwei Tage vor dem Urnengang waren 25% der Wähler unentschlossen, für wen sie votieren bzw. ob sie überhaupt zur Wahl gehen sollten. Der Wahlausgang schien in den Medien schon im Vorfeld entschieden, d. h. dem rechtskonservativen Oppositionsführer Benjamin Netanjahu war ein sicherer Sieg vorausgesagt. Am Wahltag selbst jedoch hatte sich die Stimmungslage gewandelt. Alle Meinungsforschungsinstitute registrierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Likud-Führer und der Kadimah-Vorsitzenden. Als besonders brisant erwies sich die wachsende Popularität Avigdor Liebermans, des Führers der 1999 gegründeten rechts-nationalistischen Partei Jisrael Beitenu, die im Schatten der israelischen Militäroffensive in Gaza mit antiarabischer Polemik punkten konnte. Die von Lieberman ausgehende Gefahr für die israelische Demokratie war für viele Israelis ein zusätzlicher Grund, ihr Wahllokal aufzusuchen.

Bis zum Herbst 2008 hatten soziale Fragen und die Umweltproblematik eine wichtige Rolle im innenpolitischen Diskurs gespielt. Angesichts der militärischen Eskalation in Gaza verloren beide Themen jedoch an Bedeutung. Der Wahlkampf wurde zunehmend durch die Sicherheitsproblematik dominiert. Die Grenzen zwischen „Tauben“ und „Falken“, sei es im israelisch-palästinensischen Verhältnis (Siedler und Siedlungen, künftige Grenzziehung, Status von Jerusalem, palästinensische Flüchtlinge u. a.), sei es bezüglich der Golanhöhen, waren lange unschwer zu verorten; nunmehr verschwammen sie zusehends. Der Gazakrieg wurde von allen zionistischen Parteien mitgetragen und befürwortet; ebenfalls wird eine atomare Bewaffnung Irans vom überwiegenden Teil der Bevölkerung als existenzielle Gefahr betrachtet; die breite Öffentlichkeit tolerierte zudem das halbherzige Vorgehen der Regierung Olmert gegenüber gewaltbereiten Siedlern im Westjordangebiet. Obwohl die Mehrheit der Israelis nach wie vor die Zweistaatenlösung befürwortet, stehen aktuell weder die Räumung von Siedlungen noch ein weiterer Rückzug aus der Westbank auf der Tagesordnung.

Der kürzeste Wahlkampf in der Geschichte Israels wurde weniger durch Wahlveranstaltungen, Poster und Flugblätter als vielmehr durch Internetwerbung geprägt. Es fehlten charismatische Politiker, die dem Buhlen um Wählerstimmen ihren Stempel aufgedrückt hätten. Als Gideon Levy in Haaretz über „drei zweitrangige Kandidaten, zwischen denen es nicht den geringsten Unterschied“ gäbe, schrieb, hatte er neben Benjamin Netanjahu und Zipi Livni zweifellos Ehud Barak, den Vorsitzenden der Arbeitspartei (Avodah), mit im Blick. Barak setzte im Wahlkampf vor allem auf die nationalistische Welle im Lande und auf seine Verdienste als Verteidigungsminister im Gaza-Abenteuer.

Vor dem skizzierten Hintergrund gelang es Avigdor Lieberman, das Interesse der Medien auf sich zu ziehen.

Seine gegen die arabischen Staatsbürger gerichtete Forderung „Ohne Loyalität keine Staatsbürgerschaft“ fiel insbesondere bei Jugendlichen auf fruchtbaren Boden, wurde jedoch zugleich von manchem jüdischen Israeli als Gefährdung demokratischer Grundwerte betrachtet. Der sephardische Oberrabbiner Ovadia Josef, durchaus kein Demokrat, bezeichnete Lieberman wegen dessen in der Mehrzahl nichtreligiöser Anhänger als „Ausgeburt des Teufels“. Nicht Hoffnung und Zukunftsoptimismus, sondern Hass, Furcht und gegenseitige Verdächtigungen prägten somit – so die Einschätzung namhafter israelischer Politologen und Publizisten – die Wahlkampagne 2009.

Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse

Die sich im Vorfeld der Knessetwahlen abzeichnenden Tendenzen politischer Verdrossenheit, Desillusionierung und Apathie ließen eine geringe Wahlbeteiligung erwarten. Diese lag mit 64,8% zwar 2% über der des Jahres 2006, jedoch deutlich unter dem politischen Engagement bei früheren Urnengängen (die Wahlbeteiligung betrug 1949-1999 durchschnittlich 80%). 2009 verweigerten nahezu 1,9 Millionen Bürger ihre Stimmabgabe. Die 739.000 Wahlberechtigte zählende Gruppe der arabischen Staatsbürger beteiligte sich mit lediglich 54% an der Abstimmung.

Fraktion	**Charakterisierung** (Spitzenkandidat/in)	**Stimmen absolut**	**Stimmen in %**	**Sitze 2009** (2006)
Kadimah („Voran!“)	2005 durch Ariel Scharon gegründete Zentrumspartei, der v.a. Mitglieder des Likud und der Arbeitspartei beitraten (Zipi Livni)	758.032	22,47	**28** (29)
Likud („Einigung“)	Konservativ-nationalistische Rechtspartei (Benjamin Netanjahu)	729.054	21,61	**27** (12)
Jisrael Beitenu („Israel – Unser Heim“)	Rechts-nationalistische Partei (Avigdor Lieberman)	394.577	11,69	**15** (11)
Mifleget ha-Avodah („Partei der Arbeit“)	Israelische Sozialdemokratie (Ehud Barak)	334.900	9,92	**13** (19)
Schas (Sephardische Thora-Wächter)	Religiös-ultraorthodoxe Partei, orientalischer Juden (Eli Jischai)	286.300	8,48	**11** (12)
Vereinigtes Thora-Judentum (VTJ)	Religiös-ultraorthodoxe Partei aschkenasischer Juden (Jaakov Litzman)	147.954	4,38	**5** (6)
Vereinigte Arabische Liste/ Ta'al	Bündnis von Arabischer Demokratischer Partei, Islamischer Bewegung und von Ahmed Tibi geführter Ta'al (Ibrahim Sarsur)	113.954	3.37	**4** (4)
Ichud Le'umi („Nationale Union“)	Religiös-nationalistische Siedlerpartei (Yaakov Katz) 2005 Zusammenschluss mit National-religiöser Partei, die 2009 jedoch mit eigener Liste kandidierte (Ha-Bajit Ha-Jehudi)	112.570	3,33	**4** (9)
Chadasch (Demokratische Liste für Frieden und Gleichheit)	Von Kommunistischer Partei Israels geführtes Bündnis mit überwiegend arabischer Mitgliedschaft (Muhamad Barakei)	112.130	3,32	**4** (3)
Ha-Tnuah Ha-Chadaschah Merez (“Die neue Bewegung Merez”)	Zionistische Linkspartei; politische und ideelle Wurzeln v. a. in sozialistischer Mapam und Bürgerrechtsbewegung Raz (Chaim Oron)	99.611	2,95	**3** (5)
Ha-Bajit Ha-Jehudi („Das jüdische Heim“)	Abspaltung von Ichud Le'umi, ehemals Nationalreligiöse Partei (Daniel Herschkowitz)	96.765	2,86	**3** (-)
Balad (National-Demokratischer Bund)	Arabisch-nationale Partei (Jamal Zahalka)	83.739	2,48	**3** (3)
GIL (Mifleget ha-Gimla'im)	Rentnerpartei, die v. a. soziale Benachteiligung älterer Generation durch neoliberale Wirtschaftspolitik kritisiert (Rafi Eitan)	17.571	0,52	- (7)

Von den 33 zur Wahl angetretenen Parteilisten überschritten 12 die Sperrklausel von 2%. Stärkste Fraktion in der 18. Knesset wurde mit 28 Sitzen die *Kadimah*-Partei, die seit 2006 den israelischen Ministerpräsidenten stellt. Die Vorsitzende, Zipi Livni, hat damit theoretisch die Chance, als zweite Frau zur israelischen Ministerpräsidentin gewählt zu werden. Sie wurde 1999 für den Likud in die Knesset gewählt und bekleidete mehrere Ministerposten. Gemeinsam mit ihrem politischen Mentor, Ariel Scharon, verließ sie im November 2005 den Likud und wurde Mitbegründerin der Zentrumspartei Kadimah. Seit 2006 ist sie israelische Außenministerin; sie unterstützt – im Gegensatz zu früheren Äußerungen – eine Zwei-Staaten-Lösung und politische Gespräche mit der Fatah-Führung bzw. arabischen Staatsoberhäuptern.

Der *Likud*, 2003 noch mit 40 Sitzen im Parlament, 2006 – nach Gründung von Kadimah - jedoch auf 12 Abgeordnete geschrumpft, konnte nicht den erhofften eindeutigen Wahlsieg erreichen, erhöhte die Zahl seiner Mandate jedoch auf 27. Likud-Vorsitzender Benjamin Netanjahu gilt als „Hardliner". Er sprach sich gegen die Oslo-Vereinbarungen mit der PLO aus und hatte während seiner Amtszeit als Ministerpräsident 1996-1999 nicht geringen Anteil an deren Scheitern. Die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels lehnt er strikt ab. Als Finanzminister im Kabinett Scharon trug Netanjahu maßgeblich zur Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftskurses bei; 2005 trat er aus Protest gegen den Plan der Regierung, den Gaza-Streifen zu räumen, von seinem Posten zurück. Verhandlungen mit der PLO sollten seines Erachtens nicht politische Regelungen anstreben, sondern einzig die „wirtschaftliche Entwicklung" der palästinensischen Gebiete zum Ziel haben.

Drittstärkste Partei wurde 20 Jahre nach Beginn der russischen Masseneinwanderung und zehn Jahre nach ihrer Gründung *Jisrael Beitenu* unter dem 1978 aus Baku nach Israel eingewanderten Avigdor Lieberman. Dieser machte von Anfang an mit rechten Slogans auf sich aufmerksam. 1996 wurde er Generaldirektor des Likud und Kanzleichef des damaligen Ministerpräsidenten Netanjahu. Seit 1999 gilt Lieberman aufgrund seiner populistischen Rufe nach dem „starken Mann" als „Gefahr für die israelische Demokratie". War Jisrael Beitenu zunächst eine Partei russischsprachiger Immigranten, so verstand sie sich zunehmend als „rechte Brücke" zwischen Alteingesessenen und Neueinwanderern, Religiösen und Säkularen, Siedlern und innerhalb der Grünen Linie lebenden jüdischen Israelis. Sie lehnte 2005 die Räumung des Gaza-Streifens ab. Die in Sicherheitsfragen innerhalb des „nationalen Lagers" weit rechts zu verortende Partei entwickelte sich zum Auffangbecken extremistischer Kräfte. Für den Rechtsrutsch und Stimmungswandel in der israelischen Gesellschaft spricht, dass die antiarabischen Parolen Liebermans heute als salonfähig gelten – 20 Jahre, nachdem die Knessetliste Meir Kahanes aufgrund rassistischer Slogans disqualifiziert worden war.

Israel Harel, ehemals Vorsitzender des Siedlerrates Jescha, schrieb wenige Tage vor der Wahl aus rechter Position in Haaretz: „Lieberman reitet auf der Welle der drei chronischen Krisen, in denen sich der Staat zur Zeit befindet - der Krise des politischen, militärischen und juristischen Establishments, der Radikalisierung der israelischen Araber […] und einer moralischen Krise, die sich in Arroganz, fehlender Integrität und der Doppelmoral eines großen Teils der israelischen Intelligenz widerspiegelt."

Als Hauptverlierer der Wahlen gilt die *Arbeitspartei*, die während des Gazakriegs infolge der „harten Hand" ihres Vorsitzenden zwar kurzzeitig an Popularität gewann, nunmehr jedoch ihr schlechtestes Wahlergebnis einfuhr. Die Hintergründe sind vielfältig: Die Partei der Staatsgründung, für drei Jahrzehnte unangefochtene Politikdominante, ist seit den 1970er Jahren einer permanenten politischen und moralischen Erosion ausgesetzt. Seit 2001 beeinflusst sie nur noch marginal das politische Geschehen im Lande. Die Positionen ihres derzeitigen Führers unterscheiden sich kaum von denen der Kadimah oder des Likud. Die Arbeitspartei war während der letzten Legislaturperiode an der Regierungskoalition beteiligt, wurde für das Debakel des Libanonkrieges verantwortlich gemacht und widersetzte sich kaum der sich vergrößernden Kluft zwischen Arm und Reich bzw. der sich abzeichnenden Bildungsmisere. Nicht wenige Publizisten fragen, ob die Partei David Ben Gurions, Golda Meirs und Jizchak Rabins ihre historische Rolle in der Gesellschaft nunmehr beendet habe.

An Gewicht und Ansehen hat auch die linkszionistische *Merez* verloren. Die Partei hatte sich im Vorfeld der Knessetwahlen in „Die neue Bewegung Merez" umbenannt, nachdem sich ihr eine größere Zahl israelischer Intellektueller, unter ihnen Schriftsteller wie Amos Oz und David Grossman, angeschlossen hatten. Mit nunmehr nur noch drei Parlamentsabgeordneten hat die 1992 aus der Vereinigung von Bürgerrechtsbewegung Raz, Mapam und Schinui hervorgegangene Partei ihr historisches Tief erreicht. Viele ihrer traditionellen Wähler dürften sich im letzten Augenblick für Livni entschieden haben, um die Zentrumspartei Kadimah in Führung zu bringen, den drohenden Wahlsieg Netanjahus zu verhindern und dem Demagogen und Populisten Liebermann zu begegnen. Der Antikriegsflügel von Merez dagegen hat allem Anschein nach für die konsequenter die Gaza-Aktion ablehnende Chadasch votiert, die dadurch einen deutlichen Stimmengewinn verbuchen konnte. Merez bleibt dennoch eine achtbare Plattform linker, demokratisch gesinnter jüdischer Israelis.

Sie stellt sich zunehmend der Frage, wie sie sich als kleine linke Opposition in der 18. Knesset profilieren kann bzw. ob sie sich mit dem linken Flügel der Arbeitspartei vereinigen sollte, um mittelfristig wieder an Ansehen und Einfluss zu gewinnen.

Vollkommen aus der politischen Landschaft verschwunden ist die *Rentnerpartei* (Gil). Sie hatte 2006 mit Hilfe politikverdrossener junger Israelis auf Anhieb sieben Mandate erreicht, schloss sich Kadimah an, bekleidete zeitweilig drei Ministerämter und spaltete sich 2008. 2009 votierten lediglich 0,5% der Wähler für Gil.

Die arabischen Bürger Israels sprachen sich – wie erwartet – mehrheitlich für Parteien aus, die sich als ihre nationalen Interessenvertreter profiliert haben und bereits während mehrerer Wahlperioden in der Knesset vertreten sind (Vereinigte Arabische Liste/Ta'al, Chadasch, Balad). *Chadasch* konnte einen deutlichen Sympathiezuwachs (23.700 Stimmen mehr als 2006) verzeichnen und die Anzahl der Mandate von drei auf vier erhöhen. Der Erfolg auf der „jüdischen Straße" ist nicht zuletzt Dov Khenin zuzuschreiben, dem es bereits während der Kommunalwahlen im November 2008 gelungen war, mit seiner Liste „Eine Stadt für uns alle" tausende junge jüdische Bürger zu begeistern und in Tel Aviv 34% der Stimmen zur Wahl des Bürgermeisters auf sich zu vereinigen. In der Knessetwahl 2009 gingen lediglich 18% der arabischen Stimmen an zionistische Parteien (2006 – 28%).

Insgesamt wurden 3.373.490 gültige Stimmen ausgezählt. Davon entfielen 104.000 (3,08%) auf kleinere Parteien, die vorwiegend Partikularinteressen bedienen und für die neue Legislative keine Rolle spielen. 21 der 33 Wahllisten zogen nicht in die Knesset ein. Zu ihnen gehört die 2006 noch gemeinsam mit der Arbeitspartei in einer Fraktion agierende Liste „Die grüne Bewegung – Meimad" des Reformrabbiners Michael Melchior (0,8%). Auch der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Ephraim Sneh, der im Mai 2008 die Avodah-Fraktion verlassen hatte, erhielt für seine auf die Bekämpfung des organisierten Verbrechens ausgerichtete Partei „Ein starkes Israel" weniger als ein Prozent der abgegebenen Stimmen.

Ethnische und soziale Zusammensetzung der 18. Knesset

Die ethnische, weltanschauliche und berufliche Zusammensetzung des israelischen Parlaments, das am 2. März 2008 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, hat sich gegenüber der vergangenen Legislaturperiode wesentlich verändert:

• 31 Abgeordnete, ein Viertel aller Knessetmitglieder, wurden zum ersten Mal ins Parlament gewählt.

• Der Anteil orientalischer Juden (Misrachim), seit 1988 jeweils etwa ein Drittel der Abgeordneten, verringerte sich auf 29 Sitze (2006 – 34).

• 13 arabische Bürger Israels wurden in die neue Legislative gewählt, unter ihnen zum dritten Mal in der Geschichte der Knesset, jedoch zum ersten Mal auf einer arabischen Wahlliste, eine Frau - Hanin Zuabi (Balad).

• Der Frauenanteil erhöhte sich von 17 auf 21 Abgeordnete; er erreichte mit 17,5% ein „historisches Hoch"; die beiden Linksparteien – Chadasch und Merez – vermochten keine Kandidatin in die Knesset zu bringen.

• Die Zahl der orthodox-religiösen und ultra-orthodoxen jüdischen Knessetmitglieder verringerte sich von 34 auf 28.

• In der 18. Knesset sind 10 im palästinensischen Westjordanland ansässige Siedler vertreten (2006 – 7).

Trends in der politischen Komposition des israelischen Parlaments

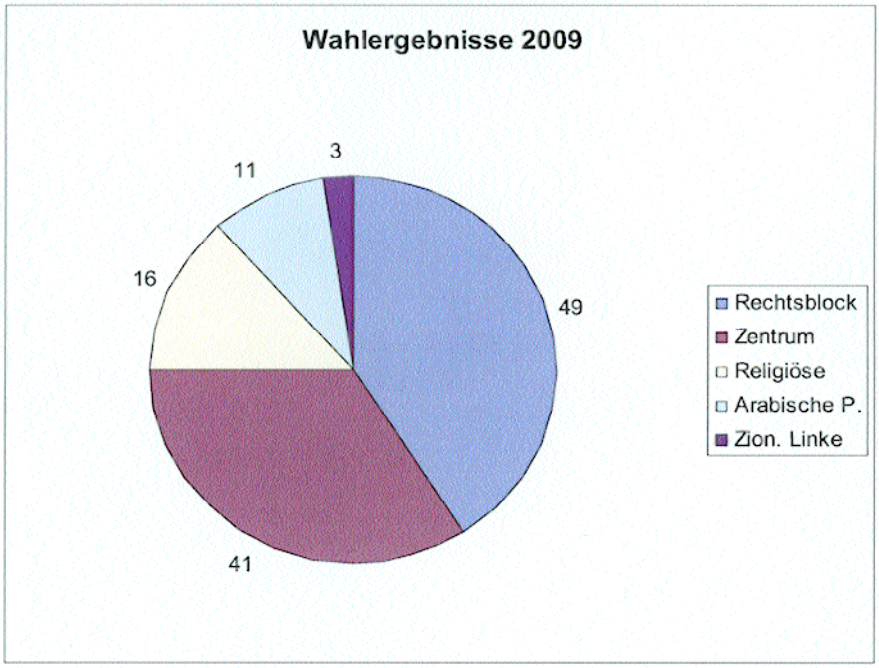
Im israelischen Parlament zeichnen sich folgende Parteienblöcke ab:

a) *Rechtsblock*: Likud, Jisrael Beitenu, Ichud Leumi, Ha-Bajit Ha-Jehudi (49 Mandate)
b) *Zentrum*: Kadimah, Arbeitspartei (41 Sitze)[1]
c) *Religiös-ultraorthodoxe Parteien*: Schas, Vereinigtes Thora-Judentum (16 Abgeordnete)
d) *Arabische Parteien*: Vereinigte Arabische Liste, Chadasch, Balad (11 Parlamentssitze)[2]
e) *Zionistische Linke*: Merez (3 Mandate).

Die Wahlergebnisse bestätigen den sich während der letzten Legislaturperiode abzeichnenden Rechtstrend. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen primär in der israelischen Sicherheits- und Gesellschaftspolitik, insbesondere in der bereits über 40 Jahre andauernden Besetzung palästinensischer Gebiete, der permanenten Verletzung von Menschenrechten und der damit verbundenen Aushöhlung demokratischer Werte, aber auch in der latenten Gefährdung israelischer Sicherheit durch palästinensische Terroranschläge bzw. Kassam-Raketenbeschuss. Hinzu tritt ein die gesamte Gesellschaft erfassender Wertewandel, der Konsumdenken und Individualismus an die Stelle des für die ersten Jahrzehnte nach der Staatsgründung dominanten solidarischen Miteinanders setzte. Innergesellschaftliche Konfliktlinien, vor allem Span-

1 Die traditionell der zionistischen Linken zugerechnete Arbeitspartei hat ihre Entwicklung zur Zentrumspartei während der Legislaturperiode 2006-09 unter Beweis gestellt und wird in nachfolgendem Diagramm entsprechend eingeordnet.

2 Chadasch versteht sich als jüdisch-arabisches Bündnis und konnte 2009 einen deutlichen Stimmenzuwachs unter jüdischen Israelis verzeichnen; die Liste wird nach wie vor jedoch mehrheitlich von arabischen Bürgern des Landes gewählt.



nungen zwischen jüdischer Bevölkerungsmehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit, haben sich vertieft. Fremdenfeindliche und rassistische Stimmungen wurden vor diesem Hintergrund gestärkt; sie sind in nicht unerheblichen Teilen der israelischen Gesellschaft verankert und haben die Wahlen 2009 maßgeblich beeinflusst bzw. den Rechtsrutsch bewirkt.

Optionen für die Regierungsbildung

Das Wahlergebnis engt den Spielraum für die Regierungsbildung extrem ein. Für eine Zentrum/Mitte-Links-Koalition bzw. für jede Regierung links der Mitte fehlen die Voraussetzungen. In realistischer Sicht existieren lediglich drei Kompromissoptionen, die – unterschiedlich variiert – politisch bestimmend werden könnten:

1. Eine Rechtsregierung („Nationales Lager“) unter Führung von Benjamin Netanjahu, im Kern bestehend aus Likud, Jisrael Beitenu, Schas und VTJ (zusammen 58 Mandate), die auf die Unterstützung des „rechten Rands“, d. h. von Ichud Le'umi und Ha-Bajit Ha-Jehudi, angewiesen wäre und maximal von 65 Knessetabgeordneten getragen würde.

2. Ein numerisch denkbarer, politisch jedoch wenig tragfähiger Gegenwurf zur Rechtsregierung in Form einer „Mitte-Rechts-Koalition“ unter Führung Zipi Livnis, bestehend aus Kadimah, Arbeitspartei, Jisrael Beitenu und einer (oder beider) Partei/en des religiösen Lagers (insgesamt 67 bzw. 72 Mandate).

3. Eine z. Z. noch weitgehend außerhalb der konkreten Koalitionssondierungen befindliche, in der israelischen Geschichte jedoch wiederholt praktizierte „Regierung der nationalen Einheit“ (1967-70; 1984-88; 1988-90), d. h. eine „Große Koalition“ aus Kadimah, Likud und Arbeitspartei (zusammen 68 Mandate), nach links – wenig wahrscheinlich – ergänzt durch die drei Merez-Sitze, nach rechts möglicherweise durch Jisrael Beitenu und/oder eine bzw. beide religiös-orthodoxe(n) Parteien (insgesamt 71, 73, 79, 83 oder maximal 99 Mandate).

Alle drei Koalitionsvarianten – Zweckbündnisse von zumindest 3 – 6 Parteien – wären politisch wenig homogen und würden große Spannungs- und Konfliktpotentiale in sich bergen.

Die *nationalistische Variante* wäre aufgrund der Ideologie und politischen Programmatik der betreffenden Parteien eine schwer überwindbare Barriere für jede einvernehmliche Regelung des Nahostkonflikts. Neue regionale Spannungen blieben nicht aus. Die nationale Sicherheit Israels wäre weiterhin und möglicherweise verstärkt infragegestellt. Nicht nur innenpolitisch würde eine Netanjahu-Lieberman-Regierung die gesellschaftlichen Klüfte (Arm-Reich, Juden-Araber u. a.) ernsthaft vertiefen; sie wäre auch in nur geringem Maße kompatibel mit dem internationalen Bemühen um Spannungsminderung im Nahen Osten, sei es seitens der Obama-Administration, europäischer Akteure oder moderater arabischer Staaten. Die Israelfeindlichkeit in Teilen der islamischen Welt, der weltweite Antiisraelismus und damit verbunden die internationalen Erscheinungen von Antisemitismus, jedoch auch die kritische Distanz des demokratischen Segments der jüdischen Diaspora zum Staat Israel könnten weiter anwachsen. Präsident Obama hätte in der Rechtsregierung wenig echte Partner. Israel könnte sich erneut internationaler Isolierung ausgesetzt sehen.

Darüber hinaus würden die latenten Politikgegensätze bzw. die offene Feindschaft zwischen den säkularen

Kräften im „nationalen Lager“ und der religiösen Orthodoxie, z. B. hinsichtlich der Zivilgesetzgebung, des Wehrdienstes, des Lieberman’schen Loyalitätseids (abverlangt nicht nur den arabischen, sondern auch den ultraorthodox-religiösen Staatsbürgern) oder der finanziellen Extraleistungen des Staates für das religiöse Bildungs- und Sozialsystem, zu ständigen Querelen in der Regierung führen und deren Handlungsspielraum einengen.

Eine *Mitte-Rechts-Regierung* unter Livni würde über noch weniger politisch-programmatische Übereinstimmung verfügen als die rechte Koalition und dementsprechend äußerst instabil sein. Ein Ausgleich mit den arabischen Bürgern, den Palästinensern in den Territorien und den arabischen Staaten wäre auch in dieser Konstellation blockiert; der Wirtschaftskrise und den sozialen Disparitäten könnten kaum tragfähige Politikkonzepte entgegen gesetzt werden; die Zustimmung der Religiös-Orthodoxen müsste – wie in Variante 1 – teuer erkauft werden; Zipi Livni hätte sich als Ministerpräsidentin permanent mit der Gilde politischer Machos auseinander zu setzen.

Die *„Regierung der nationalen Einheit“* schließlich besäße in der Knesset eine stabilere Basis, bedürfte jedoch der Zurücknahme bzw. Zügelung persönlicher Animositäten zwischen den führenden Politikern. Um die Führungsambitionen beider machtbewusster Anwärter auf die Ministerpräsidentschaft auszugleichen, wäre eine Rotation zwischen Livni und Netanjahu denkbar (z. B. nach dem Muster des Machtsplitting Peres-Schamir zwischen 1984 und 1988). Bisher lehnen beide Politiker diesen Kompromiss ab. Dem bellizistischen Führer der Arbeitspartei bliebe im obigen Modell die Funktion des Verteidigungsministers in Permanenz vorbehalten. Barak würde sich ohnehin, ob seines pragmatischen Politikerprofils, in jede Regierungsvariante einfügen; er hat jedoch nicht in jedem Falle die Unterstützung seiner Partei, die nach eigener Bekundung dringend einer „Runderneuerung“ in der Opposition bedarf.

Die „Große Koalition“ würde sich andererseits – ähnlich der Livni-Regierung - besser als jedes Rechtsbündnis in das sich wandelnde internationale Umfeld einbinden lassen. Auch sie würde den Entspannungsprozess im Nahen Osten wahrscheinlich nur zögerlich befördern und nicht frei von militanten Abenteuern (vgl. Gaza-Aktion) sein. Sie würde die Chancen für politische Regelungen in den Beziehungen mit den Palästinensern bzw. den arabischen Staaten jedoch nicht generell als obsolet erscheinen lassen. Auch die anderen für die Rechtsregierung konstatierten Unwägbarkeiten könnten sich – in ihren Wirkungen auf Israel, die Palästinenser oder die internationale Gemeinschaft – als weniger krass und kontraproduktiv erweisen.

Sollte ein Livni–Netanjahu–Barak-Triumvirat auf die drei säkularen Parteien beschränkt bleiben oder lediglich durch Merez bzw. Jisrael Beitenu ergänzt werden, so ergäbe sich eine für die israelische Geschichte seltene Chance, der finanziellen Erpressung seitens der religiösen Parteien zu entkommen, einen neuen Gesellschaftsvertrag vorzubereiten und die überfällige Zivilgesetzgebung voran zu treiben (möglicherweise in Fortsetzung der von Barak 1999 angedachten „zivilen Revolution“ oder auch in Realisierung des Forderungskatalogs Liebermans).

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses wird eine Woche nach dem Urnengang, am 18. Februar 2009, erwartet. Erst danach wird der Staatspräsident – nach Konsultation mit allen im neuen Parlament vertretenen Parteien - dem Abgeordneten, der die größten Aussichten für die Zusammenstellung einer mehrheitsfähigen Regierung aufweist, einen entsprechenden Auftrag erteilen. Die für die Kabinettsbildung danach zur Verfügung stehende Zeit – 28 Tage – kann gegebenenfalls um 14 Tage verlängert werden.

Die Kompliziertheit der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen hat in der israelischen Öffentlichkeit erneut die seit Jahren schwelende Diskussion über ein neues Wahlsystem angefacht. Die 1996 erstmals erprobte Direktwahl des Ministerpräsidenten bewährte sich nicht. Sie wurde nach drei Urnengängen wieder abgeschafft. Neue Regelungen müssten garantieren, dass alle Segmente der israelischen Bevölkerung in der Legislative vertreten sein können und das Land nicht immer wieder durch vorgezogene Neuwahlen und langwierige Koalitionsverhandlungen für längere Zeiträume lahm gelegt wird.

Die Knessetwahlen erbrachten – auch 2009 – keinen Ausbruch aus der „Wagenburg“. Sie inaugurierten keinerlei neue Konzepte, wie der jüdische Staat sich dauerhaft in der nahöstlichen Staatenwelt verankern könnte. Sie schufen überdies keine positiven Impulse für die Begegnung der ernsthaftesten Wirtschaftskrise in der israelischen Geschichte, für die Überbrückung sozialer Klüfte oder für die Minderung ethnischer Widersprüche. „Im Kern“, so urteilte eine namhafte israelische Publizistin am 12. Februar, „entschieden sich die israelischen Wähler dafür, sich nicht zu entscheiden, weder für einen Führer noch für einen Weg. Was sie wählten, war der Zwist“.

Die anstehenden Entscheidungen über die Strukturierung der politischen Machtbeziehungen und den künftigen Kurs werden dennoch neue Weichenstellungen für die Geschicke des Landes und des Nahen Ostens enthalten; sie werden auch dem internationalen Krisenmanagement einen neuen Rahmen setzen. Die friedensorientierte Annäherung an den Konflikt und das Agieren internationaler Akteure sind durch den Ausgang der Knessetwahl nicht leichter geworden.

RLS Büro Tel Aviv, 12. März 2009